

Landwirtschaft ist hochpolitisch

Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Dr. Robert Habeck über die Auseinandersetzung um die künftige Lebensmittelerzeugung, Ursachen für die Entfremdung zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft und die Anforderungen an die weitere Gestaltung der Agrarpolitik

Landwirte genießen Umfragen zufolge in der Bevölkerung hohes Ansehen. Gleichzeitig misstrauen immer mehr Menschen ihren Produktionsmethoden. Steht konventionelle Landwirtschaft unter Generalverdacht?

Habeck: Ich weiß, dass viele Landwirte das so wahrnehmen, und in der gesellschaftlichen Debatte herrscht ja zuweilen auch ein harter, mitunter diffamierender Ton. Andererseits sind die Bauernlobbys auch nicht gerade zimperlich. So entsteht ein Bild: die Gesellschaft auf der einen Seite und die Landwirte auf der anderen. Ich glaube, das verschärft aber die Probleme, weil sich die Landwirtschaft damit ins Abseits stellt. Sie muss doch sagen: Wir sind Teil der Gesellschaft, wir sind mittendrin und wir führen eine gemeinsame Debatte über unsere Zukunft.

Insbesondere durch die lauter gewordene Kritik von NGOs, aber auch von Teilen der Politik, fühlen sich viele Landwirte angegriffen und teilweise persönlich verleumdet. Die Stimmung hat sich deutlich verschlechtert. Haben Sie dafür Verständnis?

Habeck: Ich höre immer wieder von solch verletzenden Äußerungen. Manchmal werden sogar die Kinder von Bauern angegangen, nur weil die Eltern Bauern sind. Das stößt mir richtig auf. Das ist schlicht unanständig.

Welche Verantwortung haben politische Parteien in der Auseinandersetzung um die künftige Ausrichtung der Erzeugung von Lebensmitteln?

Habeck: Eine hohe. Gerade weil ich meine, dass es darum geht, das System zu hinterfragen, statt Landwirte zu beschimpfen oder Verbraucher zu erziehen, ist die gesamte Frage eine politische.

Die Grünen haben Fragen von „Ernährung und Landwirtschaft“ in Wahlkämpfen auf Bundes- und Landesebene thematisiert und waren damit unterschiedlich erfolgreich. Eignet sich Landwirtschaft als Thema in Wahlkämpfen, in denen Zuspitzungen unvermeidlich sind?

Habeck: Das Thema, wie unsere Lebensmittel entstehen und wie wir mit Tieren und Lebensgrundlagen umgehen, beschäftigt immer mehr Menschen. Natürlich muss darüber in Wahlkämpfen gesprochen werden und natürlich ist die Frage hochpolitisch. Ich sehe sogar einen Zusammenhang mit der Frage, wie wir künftig Ursachen für Flucht und Migration eindämmen.

Bleibt Landwirtschaft für die Grünen ein Wahlkampfthema?

Habeck: An der Debatte um Landwirtschaft und Lebensmittel wird kein Wahlkampf mehr vorbei kommen. Diese Frage ist sehr lebensnah, weil jeder isst und trinkt. Und sie ist gleichzeitig eine Kernfrage für Sicherheit und Außenpolitik, weil der Kampf um Ressourcen zu mehr, zu zusätzlicher Instabilität führt.

Wie müsste die Auseinandersetzung geführt werden, um nicht noch weiter zu polarisieren?

Habeck: Auf Augenhöhe, ruhig mal kämpferisch, aber mit Respekt.

Was sind nach Ihrer Einschätzung die Ursachen für die Vorbehalte in der Bevölkerung gegenüber weiten Teilen der heutigen Landwirtschaft?

Habeck: Es gibt zwei Ursachen. Erstens eine starke Entfremdung zwischen Verbraucherinnen und Verbrauchern und der realen Landwirtschaft. Wir wissen kaum um die realen Produktionsbedingungen. Wir kaufen Fleisch und lassen uns von den Werbeaufdrucken täuschen, die suggerieren, dass die Schweine mit Ringelschwänzen im Dreck unter Apfelbäumen wühlen und im Fachwerkhaus schlafen. Wenn wir dann mal Bilder einer alltäglichen konventionellen Haltung sehen, sind wir empört und zeigen auf die Landwirte und sagen, wie könnt Ihr nur! Statt zu fragen, warum das System so ist. Und die zweite Ursache ist: Es ist eben auch nicht alles gut so, wie es ist. Es gibt zwar einen Grund, warum Schweinen regelmäßig die Schwänze kupiert werden – damit sich die Tiere die Schwänze nicht ge-

genseitig abbeißen und sich die Wunden entzünden – aber trotzdem ist es doch nicht richtig. Die Frage ist dann aber, was muss am System anders werden, damit Landwirte Schweine mit Ringelschwänzen großziehen können.

Welche gravierenden Defizite der Landwirtschaft sehen Sie?

Habeck: Die Landwirtschaft hat sich zu einem modernen, effizienten Hochleistungssystem entwickelt. Effizienz und Moderne sind ja nicht verkehrt. Aber die Intensivierung der Produktion hat negative Folgen für Böden, Gewässer und die Artenvielfalt – das erkennt übrigens in Schleswig-Holstein sogar die CDU an. Hinzu kommen die globalen Verwerfungen, die wir durch unsere Produktion auslösen. Wir haben zu viel Nitrat in Flüssen, Seen und im Grundwasser, wir haben zu wenig Rückzugsräume für Tiere und in der Tierhaltung werden die Tiere an die Haltung angepasst statt umgekehrt. Aber daneben gibt es noch ein Defizit, und zwar für die Landwirtschaft selbst: Viele Betriebe unterwerfen sich dem vermeintlichen Zwang, immer weiter wachsen und mehr produzieren zu müssen – vor allem für den Export. Gerade bei der Milchpreiskrise sehen wir aber, dass die Betriebe dadurch enorm anfällig werden und die Abwärtsspirale bei Preisen durch mehr Produktion beschleunigt wird. Das sollte uns zu denken geben.

Wie sollten die Landwirte in der gegenwärtigen Auseinandersetzung reagieren?

Habeck: Viel wäre gewonnen, wenn sich die Landwirtschaft an die Spitze der Debatte stellen würde. Wenn die Verbände mal erklären würden: Ja, wir wissen, dass nicht alles gut ist, lasst uns gemeinsam nach Lösungen suchen. Wenn wir eine gemeinsame Problembeschreibung hätten, könnten wir über die Kernfrage reden: Wie kann die Landwirtschaft nachhaltiger, umwelt- und ressourcenschonender und dabei finanziell auskömmlich wirtschaften?

Im Zentrum der Kritik steht die Tierhaltung, wie sie heute auf den meisten Betrieben gang und gäbe ist. Hier ist die Diskrepanz zwischen den Vorstellungen der Verbraucher und der Realität besonders groß. Reicht es aus, die Ursachen dafür in einer romantisierenden Werbung zu suchen?



Foto: GrüneSH / Lizenz: creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0

Dr. Robert Habeck ist seit 2012 stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume. Im Frühjahr 2015 hat der 46-jährige Grünen-Politiker angekündigt, er wolle sich um die Spitzenkandidatur seiner Partei zur Bundestagswahl 2017 bewerben. Nach derzeitigem Stand tritt er damit in der vorgesehenen Mitgliederbefragung in Konkurrenz mit Grünen-Fraktionschef Dr. Anton Hofreiter. Habeck stammt aus Lübeck. Der Doktor der Philosophie war vor seiner politischen Laufbahn erfolgreich als Schriftsteller tätig. Den Grünen gehört er seit 2002 an. Seit 2005 ist der Mitglied des schleswig-holsteinischen Landtags.

Habeck: Die Milchtüte mit dem glücklichen Rind mit Hörnern auf der Weide ist faktisch Verbrauchertäuschung. Aber die Entfremdung geht ja weiter: Landwirtschaft auf dem Land wird ja immer weniger sichtbar. Die Zahl der Betriebe halbiert sich alle 20 Jahre – völlig ohne grüne Agrarminister. Inzwischen gibt es Dörfer ohne Bauern. Und es leben auch viel mehr Menschen in der Stadt, die das Schwein nur in Stückchen zerlegt in der Kühltheke kennen. Schon allein dadurch wächst die Diskrepanz. Außerdem sind die großen, modernen Ställe – auch wegen notwendiger Hygienevorschriften – geschlossene Systeme. Wir sehen nicht mehr, wie Schweine, Rinder und Hühner leben.

Eine Weiterentwicklung der Tierhaltung kostet Geld. Der Wissenschaftliche Beirat nennt in seinem Gutachten eine Summe von 3-5 Mrd. € pro Jahr. Wer sollte für die Kosten aufkommen?

Habeck: Ja, mehr Platz für die Tiere, mehr Weidegang, besseres Stallklima – all das macht die Tierhaltung teurer. Dabei bekommen schon jetzt viele Schweinehalter die Produktionskosten über die Preise nicht mehr rein. Ein wirksamer Ansatz kann entweder über die Supermarktkasse erfolgen oder dass wir gesellschaftlich gewollte Werte, die nicht vergütet werden, staatlich bezahlen. Erste Ansätze gibt es über die EU-Förderung für den ländlichen Raum: In Schleswig-Holstein haben wir z. B. ein Programm für tiergerechte Ställe aufgelegt, fördern Weidegang, heimische Eiweißpflanzen, über Beratung eine gewässerschonende Landbewirtschaftung und natürlich alle Formen von Vertragsnaturschutz. Dieser Ansatz sollte bei einer Neuausrichtung der EU-Agrarförderung viel stärker vorangetrieben werden.

Wie verlässlich können Finanzausgaben der Politik angesichts enormer gesellschaftlicher Aufgaben wie der Integration von Flüchtlingen sein?

Habeck: Das ist die zentrale politische Frage angesichts von Flüchtlingen, Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa und der Finanzkrise. Wird man erfolgreich Gelder für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum verteidigen können, wenn man nichts ändert? Oder ist man erfolgreicher, wenn man diese Gelder an Leistungen bindet. Ich rate zu letzterem. Die EU gibt jedes Jahr 41 Mrd. € für Direktzahlungen an die Landwirte aus, 5 Mrd. allein in Deutschland. Die Gelder fließen nicht zielgerichtet, sondern sind breit gestreut. Faktisch fördern sie in erster Linie die Bodenbesitzer – die aber vielfach das Land gar nicht selbst bewirtschaften. In Europa sind aber nur noch etwa noch etwa 60 % des Landes im Besitz aktiver Bauern, in Deutschland 40 %, und in Schleswig-Holstein 50 %. Der Rechtfertigungsdruck für die Milliarden-Zahlungen wird deutlich zunehmen. Es ist also im Interesse der Landwirtschaft, schrittweise ein Fördersystem zu entwickeln, bei dem die Zahlungen der Allgemeinheit dienen und dann auch als berechtigt anerkannt werden.

Warum entscheiden sich Verbraucher an der Ladentheke anders, als ihre geäußerten Wertvorstellungen erwarten lassen?

Habeck: Weil sie Menschen sind. Als Bürgerinnen und Bürger treten sie für bessere Produktionsbedingungen ein, aber als Konsumenten sind sie gehetzt

im Alltag, vielleicht auch knapp bei Kasse, verfügbar durch Werbung. Diese Unvollkommenheit gehört zu uns Menschen dazu. Gerade deshalb bedarf es einer anspruchsvollen Politik.

Wie beurteilen Sie den Konflikt zwischen Ordnungsrecht und Freiwilligkeit?

Habeck: Ein bisschen bin ich die Diskussion über Ordnungsrecht gegen Freiwilligkeit leid. Ein Staat muss doch Rahmenbedingungen schaffen, damit alle gleiche Spielregeln haben. Und gleichzeitig setzen wir mit Förderprogrammen Anreize, freiwillig anders zu wirtschaften – mit Vertragsnaturschutz, Stallbauförderprogrammen, Gewässerschutzberatung usw. Aber auch freiwillige Programme kommen nicht ohne Vorgaben aus. Letztlich geht es um ein Zusammenspiel. Aufpassen muss man aber natürlich, dass die Bürokratie durch Umstellung von Förderprogrammen nicht so erdrückend wird. Unter ihr haben die Landwirte jetzt schon zu leiden. Relevant bei einer solchen Reform wäre die Frage der Cross Compliance Kontrollen. Diese helfen heute sehr bei Überprüfungen der Betriebe z. B. im Bereich Tierschutz.

Eine Verringerung des Fleischkonsums in den Industrieländern gilt als ein Ansatz sowohl zur Lösung von Umweltproblemen, aber auch als Mittel für eine gesündere Ernährung. Sollte Politik steuernd eingreifen, um den Fleischkonsum zu reduzieren?

Habeck: Darüber sprachen wir ja eben schon. Die Antwort ist ja. Aber wir sollten die politischen Bedingungen, die Spielregeln der Produktion ändern, nicht den Menschen ein anderes Verhalten vorschreiben. Wir sind ja Politiker, keine Erzieher. Wir brauchen auch gar nicht bessere Menschen für bessere Politik. Sorgen wir also dafür, dass Tiere mehr Platz bekommen, dass mehr Ökologie in die Landwirtschaft einzieht. Dann steigen die Produktionskosten, das Angebot wird perspektivisch knapper. Um nicht den Landwirten ihre Lebensgrundlage zu nehmen, müssen wir aber perspektivisch zu anderen Verdienstmöglichkeiten kommen.

Landwirte können nur dann Produktionsmethoden ändern, wenn sie wissen, was „die Gesellschaft“ von ihnen will. Gefordert wird allenthalben ein breiter Dialog. Mit wem soll der geführt werden?

Habeck: Naja, die Gesellschaft sind ja nicht in erster Linie die Konsumenten, sondern die Bürger und sie werden in einer Demokratie durch Parlamente und Regierungen repräsentiert.

Wie sollte der Dialog zwischen Erzeugern und gesellschaftlichen Gruppen organisiert werden?

Habeck: Das Wie ist vielleicht nicht das Entscheidende, sondern dass es überhaupt passiert. Wir haben beispielsweise in Schleswig-Holstein einen Runden Tisch „Tierschutz in der Nutztierhaltung“ ins Leben gerufen, an dem wir intensiv mit Wirtschaft, Verbänden, Tierschutz und Wissenschaft diskutieren – und mehr als das. Wir haben uns bei einer Reihe von Fragen, etwa für die Sedierung von Kälbern bei der Enthornung, auf ein Vorgehen verständigt, einen Kodex zum Verbot der Schlachtung gravider Rinder verabschiedet, erarbeiten einen Leitfaden zum Verzicht auf das Schwänzekupieren bei Schweinen und so weiter. Das ist ein mühsamer Prozess, indem es oft zwei Schritte vor und einen zurückgeht, aber es geht voran.

Was erwarten Sie von den Landwirten und NGOs in diesem Dialog?

Habeck: Von Landwirten vor allem, dass sie sich der Debatte stellen. Über Argumente für und wider, über den Sinn oder Unsinn von Lösungsmöglichkeiten können wir dann streiten. Aber die Haltung, alles ist gut, ist nicht hilfreich – am wenigsten für die Bauern. Von NGOs, dass sie sich auf die Wirklichkeit einlassen. Nur wenn man erkennt, wie die reale Landwirtschaft ist und versteht, wie die ökonomischen Produktionszwänge sind, kann man Lösungen finden. Und von beiden wünsche ich mir Fairness und einen gewissen Respekt in der Debatte.

Welche Aufgabe hat die Politik in diesem Prozess?

Habeck: Als Landwirtschaftsminister muss ich die betriebswirtschaftlichen Interessen der Bauern sehen – sie müssen ihre Familien ernähren, ein gutes Leben leben und eine Hofnachfolge finden können. Als Umwelt- und Tierschutzminister habe ich Gewässer, Böden, Klima und das Tierwohl im Blick. Ich muss also gesellschaftliche Ansprüche und berechnete Interessen der Landwirte zusammendenken. Das ist ein höherer Anspruch als nur an die Rolle des Moderators: Denn diese gegensätzlichen Perspektiven verlangen von der Politik, beim Ringen um Lösungen neue Wege aufzuzeigen.

Welche Rolle sollte insbesondere das Bundeslandwirtschaftsministerium in der derzeitigen Auseinandersetzung spielen?

Habeck: Es sollte mehr sein als der Sachwalter der Interessen der Landwirtschaft. Es sollte die drängenden Fragen der Welternährung – wachsende Weltbevölkerung, Klimawandel, Konkurrenz um die Ressourcen, Hunger – mit der Zukunft der heimischen Landwirtschaft verbinden. Und im Interesse der Landwirtschaft sollte es offensiv die Diskussion führen, wie sich das EU-Agrarfördersystem entwickeln kann, damit wir nicht bald nur noch sehr wenige, sehr große und sehr spezialisierte Betriebe haben, die in großen Mengen billige Lebensmittel produzieren, sondern der Wachse-oder-Weiche-Spirale entkommen und Lebensmitteln wieder den Wert geben, den ihr Name eigentlich fordert. Es wäre dringend an der Zeit, dass sich Deutschland nicht als ewiger Bremsklotz erweist, sondern als Reformmotor fungiert. Und meine Erfahrung ist, dass man Umwelt- und Agrarpolitik gemeinsam betreiben muss.

Die Agrarstrukturen innerhalb Deutschlands unterscheiden sich erheblich voneinander, nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschland. Durch den Einstieg von außerlandwirtschaftlichen Investoren, bislang vor allem in ostdeutsche Betriebe, ergeben sich neue Entwicklungen. Muss Politik hier stärker regulierend eingreifen?

Habeck: Da, wo der Markt gestört ist, ja. Es gibt seit einiger Zeit eine Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft, die einen Katalog von Maßnahmen aufgeführt hat. Vor allem die ostdeutschen Länder wollen sie ergreifen. In Schleswig-Holstein haben wir noch nicht diese Spekulationskäufe – wohl auch, weil unsere Bodenpreise schon sehr hoch sind.

Was sollten die Länder tun?

Habeck: Im Moment ist es an den Ländern, den Bund zu treiben und im Rahmen ihrer Möglichkeiten das zu tun, was der Bund nicht macht. Wir erarbeiten neue Vorschläge zur Milchpreissteuerung, um die Betriebe nicht allein zu lassen, die Runden Tische Tierschutz gehen alle von den Ländern aus, wir haben konkrete Vorschläge für eine Novellierung der Düngeverordnung gemacht. Vom Bund kommt zu wenig.

Brauchen wir konkrete agrarstrukturelle Vorgaben?

Habeck: Vorgaben nicht, aber ich fände es hilfreich, wenn die Politik mal beschreiben würde, wie die Agrarstruktur in Zukunft aussehen soll. Wie wenig Bauern wollen wir uns leisten? Wie viele Tiere verträgt unser Land? Und daraus könnte sich dann eine Debatte über die richtigen Maßnahmen entwickeln.

Sie haben im Sommer mit einem Vorschlag für einen schrittweisen Ausstieg aus den Direktzahlungen die Diskussion um die GAP nach 2020 befeuert. Was hat Sie bewogen, so früh in die Diskussion einzusteigen, kaum dass die letzte Reform umgesetzt wird?

Habeck: Weil in den Mühlen der EU sieben Jahre zwischen den Förderperioden nicht lang sind. In Brüssel wird die Debatte längst geführt. Und ich sehe, dass das Greening wenig Effekt hat, dafür aber eine Mega-Bürokratie für die Landwirte und die Verwaltungen schafft. Wenn wir wirklich perspektivisch einen Systemwechsel einleiten wollen, sollten wir die Debatte jetzt führen. Sonst ist es zu spät.

Sie haben auch aus den eigenen Reihen dafür Kritik einstecken müssen. Waren Sie voreilig?

Habeck: Voreilig, weil es Kritik gibt? Wenn ich aus Angst vor Kritik keine Diskussion mehr anstoße, hieße das ja Stillstand. Und wenn die Kritik aus den eigenen Reihen kommt, umso besser. Es geht ja

darum, die Argumente zu wägen und zu diskutieren. Und ich bin sicher, dass wir eine gemeinsame Linie finden werden. Außerdem gab es mehr Zuspruch als Kritik.

Welche grundlegenden Ziele sollte die GAP nach 2020 erfüllen?

Habeck: Ziel der Agrarförderpolitik muss es erstmal sein, die Landwirte zu unterstützen und nicht die Bodenbesitzer, wenn es keine Landwirte sind. Und dann müssen die geforderten gesellschaftlichen Leistungen, die nicht an der Kasse bezahlt werden, vergütet werden, sonst treiben wir den Konflikt zwischen Bürgern und Bauern immer weiter. Zur Verfügung stehen vor allem die Gelder der 1. Säule. Das ist der Einstieg in eine Politik, die öffentliche Geldflüsse an den Erhalt von grundlegenden Werten für uns Menschen knüpft und Fördermechanismen von daher denkt und konzipiert – aus eigenem Recht und nicht als Kompensation, die sich schlicht an der Produktion orientiert. ■ Rainer Münch